

Thüringer Antifa Nachrichten

**Warüber wir schreiben
wollten,**

es aber gelassen haben.
Über die CDU und die "Junge Freiheit"
Über den alltäglichen Rassismus
Über Gewerkschaften und Antifaschismus,
Über antifaschistische Kultur
Neues über die Bildzeitung und Rassismus in
den Medien usw. usw..

Einiges davon werden wir in der nächsten
Ausgabe bringen.

Gerhard Zwerenz

Das Prinzip Desertion

Die Fahnenflucht ist radikale Verweigerung. Sie ist der Widerstand des kleinen Mannes und einfachen Soldaten, der keine Gruppe befehligt und in seiner Einsamkeit noch nicht einmal andere zur solidarischen Aktion anstiften kann. Der Deserteur ist nichts anderes und nicht mehr und nicht weniger als nur er selbst, eine lächerlich zitternde Masse von Fleisch und Angst, und wenn er gut ist, von Zorn; denn es kann sein, daß er verfolgt und exekutiert wird, und es kann sein, daß er kämpfen und seiner Haut sich wehren muß. Der Deserteur ist ein Klumpen Einsamkeit, Schweiß, Angst, Blut, Tod auf einem Schlachtfeld mordsüchtiger, eingebildeter Heroen. Und er weiß, daß er seine Heimat verläßt, ohne daß er wissen kann, ob er jemals wieder irgendwo zu Hause sein wird. Ja, er ist sich nicht einmal sicher, ob diejenigen, zu denen er jetzt geht, ihn auch am Leben bleiben lassen. Was er erreicht, ist ungewiß, gewiß nur, was er verlassen hat: Die eine Seite des Verbrechens, an dem diese Welt schon so lange krankt, daß sie daran sterben wird, geschieht nicht das Wunder massenhafter, völkerumgreifender und verbindender Desertion.

Die Welt kann nur von den prinzipiell Fahnenflüchtigen gerettet werden; ihr Untergang wird besiegelt von den Nichtfahnenflüchtigen, die die Verräter unseres Zeitalters sind, weil sie das Leben an die Systematik der Vernichtung ausliefern, also verraten.

In die Gesichter unserer Politiker blickend, denke ich unwillkürlich an die Fotos vom Krieg, auf denen Galgen mit Gehängten zu sehen sind, und darunter stehen deutsche Soldaten und lächeln in die Kamera.

Was diese Wehrmachtler vorführten, ihr gutes Gewissen, ihre Unbetroffenheit, ihre Bereitschaft zur soldatischen Disziplin, die Gelassenheit von Unmenschen, die sich dessen vollkommen unbewußt sind, ist die kriegsgerische Seite der Medaille, deren Friedensseite wir heute Tag für Tag von den Medien zugeliefert bekommen. Nur sind Opfer und Täter geographisch weiter auseinander gerückt, so daß es leichter fällt, die eigene Unschuld Gemüthhaft unbetroffen vorzuführen.

Allerdings, in der Tiefe des Gewissens sitzt der Wurm und nagt sich seine Gänge, und sehen wir's den Gesichtern unserer Großen nicht an, so ahnen wir doch, was vorgeht. Und sie sind nicht gänzlich unbetroffen davon. Mit jeder heftigen Bösartigkeit, mit ihren deklamatorischen Ausfällen und juristischen Winkelzügen offenbaren sie sich uns dennoch, wie es um sie steht. Nicht gut.

Die verweigerte Desertion von den Armeen der Vernichtung zeichnet die Physiognomik der Altgetreuen so, wie sich die Recken am Kriegerdenkmal verraten, wenn sie Kränze deponieren, auf denen der toten SS-Leute gedacht wird mit den Worten: "Eure Ehre heißt Treue." Das "Eure" ist taktisches Zugeständnis. Gemeint ist "Unsere". So was sagt Mann noch nicht wieder. Man denkt es.

In Parallele zu einem Wort von Bloch, wonach es Sinn der Kirchen sei, Ketzer hervorzubringen, sehen wir den Sinn der Armeen in heutiger Zeit darin, Deserteure zu schaffen, womit wir an die urchristlichen ersten drei Jahrhunderte des ersten Jahrtausends anknüpfen, als Soldaten nicht getauft werden durften, weil jede Lebensvernichtung als unchristlich galt.

Alle großen Kriege und Kreuzzüge begannen mit dem Eid auf die Fahne. Alle großen und kleinen Desertionen beginnen mit dem Bruch des Fahneneids, dem Verlassen der Fahne und, in manchen Fällen, mit bewaffnetem Widerstand. Hier allerdings besteht die Gefahr der Wiederholung und des Rückfalls in den alten Kriegskreislauf. Wo der Widerstand mehr wird als Aufstand und Rebellion, wo er sich zur neuen Machthabe entschließt, übernimmt er die alten Hoheitsrechte und verlangt den Fahneneid, mit dem neue Kriege beginnen. Alle großen Aufstände begannen als Revolten, und waren sie siegreich, setzte sich die Kriegsgeschichte mit ausgewechseltem Personal fort. Der siegreiche Rebell von gestern ist der Napoleon von morgen. Also gilt es, auf dem zugrundeliegenden Akt der Rebellion zu beharren. (...)

In Bremen riskierten couragierte Bürger, ein Deserteursdenkmal aufzustellen. In Kassel brachten sie es immerhin zu einer Gedenktafel. An anderen Orten finden sich Einsichtige zusammen und planen das Gedenken an die letzte Gruppe nichtrehabilitierter Opfer. Im Widerstand dagegen findet sich das letzte nationale Aufgebot, dem die deutsche Fahne mehr ist als der Tod, den man so reichlich austreute.

Die Jugend des Landes, wenn sie reist und in Urlaub fährt, begegnet, falls sie die Augen nicht verschließt, allenthalben den Opfern der Deutschen in Massengräbern. Polen, Rußland, Frankreich, Tschechoslowakei, Jugoslawien, Griechenland, Italien, ganze Ortschaften wurden entvölkert, die Einwohner in Gräbern verscharrt, Schulklassen hat man zusammengetrieben und massakriert, ihr könnt die Toten besuchen, wenn ihr wollt, die schwarze Landkarte der Exekutionen liegt vor. Da könnt ihr laufen, so schnell und so weit ihr wollt, aus diesem Schatten kommt keiner von uns heraus. Das ist nicht eine Frage der Schuld. Das ist eine Frage des Schattens und wie die Sonne steht, die ihn kürzer oder länger werden läßt. Schuld ist individuell. Schuldig sind die Täter. Womit der Nichttäter noch nicht unschuldig ist. Es kommt darauf an, wie einer zu dieser

Schuld steht und ob er die Zivilcourage aufbringt, von der Fahne zu gehen. Wo auch immer. Wann auch immer. Was einzig zählt, ist der Akt der Rebellion.

Pastor Albertz, der sich als Regierender Bürgermeister von Westberlin 1967 mitschuldig fühlte an der Erschießung des Studenten Ohnesorg durch den Polizeibeamten Kurras, trat kurz danach zurück. Ohne sein politisches Amt war er weniger prominent, doch die Art, wie er in Wort und Tat wiedergutzumachen suchte, zeigt einen Mann von Charakter.

Ein Mann von Charakter, wenn auch gegensätzlicher Art, war Gustav Noske, der als SPD-Politiker 1918/19 revolutionäre Erhebungen blutig niederschlagen ließ und der die Nazis 1933 bat, ihn doch als Oberpräsident der Provinz Hannover im Amt zu belassen, da er in wenigen Monaten die Pensionsgrenze erreiche. Göring genehmigte das Gesuch. So ehrten die Nazis den Mann, der das Blut meuternder Soldaten an den Händen hatte. Während andere Sozialdemokraten ins KZ oder Exil mußten, blieb Noske Beamter und wurde sodann in allen Ehren Pensionär.

Fortsetzung auf Seite 4



Jugendpolizei

In unserer letzten Ausgabe erschien ein Artikel, der sich gegen die Einrichtung der für Erfurt angekündigten Jugendpolizisten aussprach. Im folgenden nun ein Gespräch mit Matthias Sengewald, Ratsmitglied Neues Forum/Bündnis 90/Grüne, der eine andere Position vertritt.

Thüringer Antifa Nachrichten (ThAN): Matthias, nach deinem Engagement gegen die Razzia an der Krämerbrücke im Sommer '94, bei der über 50 Jugendliche verhaftet wurden, hast du in der Sondersitzung des Rats neben deinem Protest die Einführung von Jugendbeamten in Erfurt begrüßt. Kannst Du uns schildern, was dich zu dieser Position bewegt?

Matthias: Um das zu erklären, muß ich etwas länger ausholen. Zu DDR Zeiten habe ich die Polizei als einen Baustein des Systems wahrgenommen, sie bestand nicht nur aus den Vopos auf der Straße, sondern auch aus dem ABV (Abschnittsbefehlsmächtigen) in meinem Wohnviertel, der z.B. meine Nachbarn nach ihrer Meinung über mich befragte, als ich eine West-Reise beantragte. Mit der Wende änderte sich vieles in diesem Land, unter anderem brach das öffentliche Schweigen über politisch unterschiedlichste Meinungen auf und es entstand eine Offenheit, die heute noch wahrzunehmen ist und die überhaupt nicht zu vergleichen ist mit den politisch verhärteten Fronten im Westen. Zum Beispiel zwischen Autonomen und Polizei im Westen, die sich in den 70er und 80er Jahren an Brennpunkten politischer Bewegung regelrechte Schlachten lieferten.

Bei den Wende-Demonstrationen regelten die Vopos nicht nur den Verkehr, sondern demonstrierten mit, auch zu Zeiten, als es noch nicht ganz ungefährlich war. Mein ABV kam zu mir, erzählte, daß er sich jetzt traue zu mir zu sprechen und beteiligte sich aktiv an der Bürgerinitiative zum Erhalt der Altstadt. Sie waren keine Helden, aber sie wurden Menschen.

Gerade in den ersten Jahren nach der Wende kam es zu massiven, oftmals tätlichen Angriffen von Rechten auf Linke oder vermeintliche Linke. Anders als im Westen wurde dabei auch von Autonomen immer wieder die Polizei aufgefordert, einzugreifen und zu schützen. Dabei gab es bei einigen sicherlich auch schlechte Erfahrungen, sei es weil die Polizei selbst Angst hatte oder es auch unter der Polizei rechtsorientierte Beamte gab und gibt. Ich erinnere mich, daß ich das erste rechtsextreme Flugblatt in Erfurt, von der Nationalen Alternative, öffentlich auf einer Polizeistation ausliegen sah, zudem darf man nicht vergessen, daß die VoPo eine autoritäre Struktur war, die sich ja bekanntlich eher nach Rechts orientiert.

Mit der Wende hatten wir viele Träume, von denen sich bekanntlich die wenigsten erfüllten. Mir ist jedoch kein realistisches Gesellschaftsmodell bekannt, das grundsätzlich ohne Polizei auskommt. Wir brauchen eine Gruppe, der das recht zugesprochen wird, im Rahmen von Gesetzen Gewalt auszuüben. Wenn wir uns darüber einig sind, daß es so eine Polizei braucht, dann müssen wir aufpassen, daß dieser gesellschaftliche Konsens nicht zerstört wird, von beiden Seiten.

Mittlerweile hat sich neben der rechten auch eine kriminelle Szene etabliert, die zu bekämpfen es einer Polizei bedarf.

Dabei muß darauf geachtet werden, daß sich dieser Apparat nicht von der Bevölkerung entfernt. Der Polizist darf nicht zum Prügelknaben werden, sondern er soll auf der Straße im Kontakt mit dem Bürger bleiben, so wie es sich mit der Wende entwickelt hat. Schlechte Gesetze gibt es weitaus öfter als schlechte Polizisten.

Der Jugendpolizist ist dabei ein Schritt in die richtige Richtung. Er soll sich unter Jugendlichen bewegen, deren Meinungen aufnehmen, selbst jung sein und bleiben. Er müßte z.B. 2 mal in der Woche an der Krämerbrücke sein und dort für gegenseitiges Verständnis werben. So gelingt es ihm, zwischen Abhängigen und Dealern der harten Drogenszene zu unterscheiden und ermöglicht, gegen letztere vorzugehen. Auch die Kleinkriminalität zu bekämpfen, die dazu führt, daß Jugendliche sich in die falsche Richtung entwickeln.

ThAN: Unsere Betrachtung von Staat und Polizei geht an vielen Punkten offensichtlich auseinander. Ich denke, daß die Polizei dazu dient, die Prämissen und Ziele dieses Staates durchzusetzen, wenn nötig auch gegen den Widerstand politischer Bewegung bzw. gegen einzelne Menschen. Seien es Projekte wie Autobahn und Flughafenbau. Sei es der Widerstand gegen Atomkraftwerke, der Protest gegen Wohnungsnot durch Hausbesetzungen, der Versuch, Nazis konsequent zu bekämpfen, Flüchtlinge vor Abschiebung zu bewahren usw. Sie setzt dabei entweder auf brachiale Gewalt durch eine zunehmende Militarisierung, kasernierte Einsatzhundertschaften, Aufrüstung, Sondereinheiten oder auf gezielte Überwachung durch offene

sierten Freizeitbereich mit bewaffneter Staatsmacht konfrontiert sehen. Die Aufgabe des Jugendpolizisten wird es sein, die ungerechte Verteilung gesellschaftlichen Reichtums zu verteidigen. Er wirft, wie überhaupt keiner, ein Auge auf die Machenschaften der Großkonzerne, sondern er bringt die marginalisierten (verarmten) Jugendlichen, die sich ihre Sachen im Kaufhaus mitnehmen, vor den Kadi. Wie kannst du diese Konsequenzen deiner Forderung akzeptieren?

Matthias: Natürlich ist das ein Problem, das unlösbar ist, aber andererseits denke ich, daß dieser Staat nicht monolithisch, sondern auch veränderbar ist. Diese Veränderung geschieht über gesellschaftliche und individuelle Veränderung. Darauf setze ich, der Jugendbeamte wird in seiner Arbeit mit Problemen konfrontiert sein, die ihn und in Ansätzen auch den Apparat verändern werden. Natürlich bin ich nicht so naiv, zu glauben, das allein würde dieses System verändern, aber es ist ein Aspekt, den ich nicht vernachlässigen möchte.

ThAN: Ich überspitze mal, aber so wie du es sagst, und du praktizierst ja Realpolitik, ermöglichst du die klammheimliche Abschiebung des Flüchtlings ohne Aufenthaltsgenehmigung, weil er in das Netz des Jugendbeamten ging, oder die nicht von einer breiten Szene bemerkte Verhaftung politischer AktivistInnen, die der Jugendbeamte durch seine regelmäßige Beobachtung ermöglichte und die nicht einer Polizeirazzia bedurfte, bei der noch 50 andere Jugendliche verhaftet wurden. Du perfektionierst den repressiven Polizeiapparat ohne für den Staat so negative Begleiterscheinungen wie breite Solidarisierung durch eigene Betroffenheit.



Wer ist der Jugendpolizist? Antwort: rede!

oder verdeckte Observation, Abgleich von elektronisch gespeicherten Daten und gezielte Kriminalisierung kleiner Personengruppen. Ein Baustein von Überwachung ist dabei der Jugendbeamte, ihm gelingt die Beobachtung vermeintlich oder wirklich herrschaftsfeindlicher Szenen, wenn er in der Jugendszene integriert ist, und das willst du ja, viel besser als einem Observationsteam. Darüber hinaus wirkt er als verlängerter Arm autoritär hierarchischer Staatsvorstellung in die Köpfe der Jugendlichen hinein, die sich in dem von ihnen organi-

Matthias: Also ich denke nicht, daß diese Polizeiaktionen unbemerkt über die Bühne gehen würden. Die Aufgabe des Jugendbeamten darf es natürlich nicht sein, solche Spitzeldienste zu übernehmen. Ansonsten vertrittst du aber offenbar die Auffassung, Konflikte müßten eskaliert anstatt befriedet werden. Ich weiß, daß Sozialarbeiter im Westen in den 70er Jahren dies ähnlich vertreten haben, durch Eskalation eine Politisierung zu erreichen. Heute sagen ehemalige Vertreter dieser Auffassung, daß dieses Konzept gescheitert ist. Ein weiterer Grund für meine Auffassungen ist vielleicht auch mein christliches Grundverständnis, das immer darum bemüht ist, Konfliktparteien an einen Tisch zu bringen und um Toleranz füreinander zu streiten.

ThAN: Matthias, wir danken dir für das Gespräch.

Vom Kopfschütteln allein lassen sich Faschismus und Rassismus nicht vertreiben!

Ein Beinahe-Interview

mit dem Thüringer Innenminister Dewes

Voreilig hatten wir in der letzten Ausgabe der ThAN ein Interview mit dem Thüringer Innenminister Richard Dewes angekündigt. Über seine Pressesprecherin hatte er im Januar seine Bereitschaft erklärt, für diese Ausgabe für ein Gespräch zur Verfügung zu stehen.

4 Wochen nach der Zusage kam die Absage.

Nach Durchsicht der letzten Ausgaben der ThAN hätte er sich entschieden, dieser Zeitung kein Interview zu geben. Konkreter Anlaß sei der Artikel "Deutsche Polizisten ..." der Ausgabe Okt./Nov. 1994. Ein Artikel also, der rassistisch motivierte Mißhandlungen bei der Polizei schildert, die immerhin Dewes' Amtskollegen Hackmann in Hamburg zum Rücktritt veranlaßten.

Gerne hätten wir Herrn Dewes dazu befragt, wie er die Gesinnung der Thüringer Beamten einschätzt und welche Initiativen zur Humanisierung des Polizeiapparates er während seiner Amtszeit ergreifen wird. Wir müssen über diese und andere Antworten spekulieren. Wir bedauern dies umso mehr, als daß wir der Auffassung sind, daß es zwischen Antifa-Initiativen und den VertreterInnen des Staates einige notwendige Kommunikationsmöglichkeiten geben muß.

Dewes und die Sicherheitspolitik - rechts blind?

Hatte mensch gedacht, Dewes hätte sich durch seinen Erstkontakt mit Erfurter Skinheads gemerkt, wie aktiv und gewalttätig die rechtsextreme Szene ist und gar Hoffnungen damit verbunden, daß nach dem Verharmlosen und Herunterspielen durch Schuster und Lippert nun tatsächlich etwas geschehen würde, der wurde enttäuscht.

Im Gegenteil, diejenigen, die sich in Altenburg und andernorts gegen Rassismus und Rechtsextremismus wenden, bekommen die neue Qualität nun sozialdemokratisch legitimer Polizeigewalt zu spüren. Feldjäger und Polizeieinheiten stürmten das dortige Alternativhaus am 10.11.94, angeblich auf der Suche nach Fahnenflüchtigen. Die Zusammenarbeit zwischen Bundeswehr und Polizei: "alles legal", die Erstürmung des Hauses: "alles legal", die Zerstörung von Mobiliar und Eigentum: "alles legal", Frauen und Männer gefesselt und an die Wand gestellt: "alles legal", so Dewes, der promovierte Jurist am 7. Dezember im Landtag bei der Anfrage der PDS nach der Rechtmäßigkeit des Einsatzes.

Im Saarland hat sich Dewes in seiner Funktion als Staatssekretär im Innenministerium als ein Vertreter des "Links- und Rechtsextremismus schaukeln sich gegenseitig hoch" Schemas bekannt gemacht. Antifaschistische Politik autonomer Gruppen wurde zu: "Die Autonomen versuchen, aus den rechtsextremistischen Aktionen Honig zu saugen" (Saarbrücker Zeitung, 20.11.92). Im selben Jahr konstatiert Dewes überrascht, daß es an der Saar rechtsextreme Gruppen gibt: "Erstens wissen wir jetzt (Hervorh. d. Red.), daß es eine größere rechtsextreme Gruppe gibt, die gewaltbereit ist und zweitens, daß sie noch Kontakt nach außen hat."

(Pfälzischer Merkur, 01.12.92) Diese Kontakte reichten auch nach Jena und Leipzig.

Beobachtungen von Rechtsextremismus und ggf. Verbote resultieren nicht aus antifaschistischem Grundverständnis, sondern: "Das ist wichtig wegen der inneren Hygiene und für unsere Darstellung nach außen." (ebd.)

Noch im August '94 verharmloste Dewes Auseinandersetzungen zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen als "Kirmesschlägerei von Jugendlichen", obwohl seine Polizei "einen ausländerfeindlichen Hintergrund" nicht ausschließen wollte (Junge Welt, 06.12.94).

Beim Verbot der kurdischen PKK im Sommer '94 tat sich Dewes nach der Erstürmung eines Treffens kurdischer politischer AktivistInnen durch die Sondereinheit GSG 9 hervor, indem er der Öffentlichkeit mitteilte, "man sei in Sorge über möglicherweise gewalttätige Reaktionen der PKK" (Pfälzischer Merkur, 31.05.94).

In Widerspruch zu seinem liberalen Innenminister, "mit dem es in der Vergangenheit wiederholt Kontroversen gab" (SaZ, 27.08.94), vertrat er die Auffassung, daß kurdische Demonstrationen gegen den Völkermord in der Türkei und die deutschen Waffenlieferungen beim bloßen Verdacht auf PKK-Beteiligung zu verbieten seien.

Dewes kriminalisierte damit den legitimen Protest einer ganzen Bevölkerungsgruppe und betrieb die Einschränkung demokratischer Spielräume.

Antifa-Initiativen und Thüringer BürgerInnen werden in nächster Zukunft erfahren, wie ernst die Ankündigungen von Dewes gemeint sind, zukünftig die Republikaner ggf. nachrichtendienstlich zu überwachen, oder ob nicht viel eher die Lieblingsfeinde so mancher Sozialdemokraten, nämlich Kommunisten, Autonome und Anarchisten mit weiterer Überwachung zu rechnen haben.

Das neueste: im Rahmen von Sparmaßnahmen soll der VS nun doch nicht, wie vor den Wahlen angekündigt, auf ca. 120 MitarbeiterInnen, sondern nur auf unter 100 aufgestockt werden.

Sollte wirklich mal an der richtigen Stelle gekürzt werden? Da wird Lippert aber schäumen.

Dewes und die Asylpolitik - "hart aber gerecht?"

Hart aber gerecht, so erscheint die asylpolitische Linie, die Dewes im Saarland geprägt hat und an der er in Thüringen anzuknüpfen scheint. Ein Rückblick auf die Maßnahmen, die er als saarländischer Innen-Staatssekretär eingeleitet hat, lassen keinen Zweifel an der Härte, aber einige Zweifel an der Gerechtigkeit aufkommen.

Dewes war einer der ersten Sozialdemokraten, die vehement eine Änderung des Grundrechts auf Asyl einforderten. Noch vor dessen Demontage führte er im Saarland einen niedrigeren Sozialhilfesatz für AsylbewerberInnen ein. Gegen den angeblichen "Asylmißbrauch", den er prinzipiell jedem und jeder Asylsuchenden zu unterstellen scheint, forderte er auch einen "Zahntag" - der Zählappell sollte doppelte Leistungen verhindern. Um den Leistungsmissbrauchsverhinderungsapparat zu perfektionieren, wurde eine zentrale Ermittlungsgruppe eingerichtet.

Wer die Koalitionsvereinbarungen von SPD und CDU Thüringen liest, wird verwundert darüber sein, daß alle, auch die sozialpolitischen Zuständigkeiten für Asylsuchende und Aussiedler zum Innenministerium verlagert werden.

Analog dem Saarländer Modell ist jetzt das Innenministerium zuständig für die Umsetzung des Asylbewerberleistungsgesetzes: Im Saarland wurden an die Asylsuchenden der zentralen Unterkunft nur noch Naturalien und Taschengeld ausgegeben, ansonsten reduzierte Barauszahlungen. Um dem "Leistungsmissbrauch" endgültig den Garaus zu machen, wurden die Asylsuchenden dort durch das bundesweite Informationssystem AFIS des BKA erkennungsdienstlich behandelt - ein Modell für Thüringen?

Antisemitismus I

In den ersten 9 Monaten des Jahres 1994 wurden dem Bundeskriminalamt nach Angaben der Bundesregierung 937 antisemitisch motivierte Straftaten gemeldet.

Antisemitismus II

Der Landesverband Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt wirft dem Städtchen Schönebeck vor, es wolle judenfrei bleiben.

In Schönebeck leben derzeit 60 jüdische Aussiedler aus Rußland in einer Sammelunterkunft. Einst lebten dort mehr als 80 Juden, von denen im Nationalsozialismus 41 ermordet, der Rest vertrieben wurden. Heute sieht die Stadtverwaltung keine Möglichkeiten, Wohnungen für diese Menschen zu finden. Sie fordert sie statt dessen auf, in anderen Städten zu suchen.

Wohnraummangel?

Oder Antisemitismus? Gibt die Stadt auch anderen Wohnungssuchenden, sagen wir etwa einem Sparkassen-Filialleiter aus Hamburg, den Rat, sich in einer anderen Stadt eine Wohnung zu suchen? (jb)



Fortsetzung von "Ein Beinahe-Interview"

Es klingt plausibel, Zuständigkeiten in einem Ministerium zu bündeln, um "Leistungsmissbrauch" zu verhindern. Aber wer denkt schon daran, das Wirtschaftsministerium dem Innenministerium zu unterstellen, um so Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung entgegenzuwirken?

Die kriminellste Energie wird offenbar bei den Asylsuchenden angenommen. Dies wird auch durch eine der ersten Amtshandlungen Dewes' bestätigt. "Präventive" Razzien in Asylbewerberwohnheimen, wie geschehen am 8. Dezember in Treffurt und Gerstungen, werden von ihm gerechtfertigt und befürwortet.

Wie denkt man über Menschen, die Sondergesetzen unterworfen werden, gegen die Razzien durchgeführt und zentrale Ermittlungsgruppen eingesetzt werden und die durch ein BKA-System erkennungsdienstlich behandelt werden? Drängt sich da nicht förmlich der Gedanke auf, daß "mit denen etwas nicht stimmt"?

Und wie fühlen sich diese Menschen? Einem Terrorregime oder Bürgerkrieg entronnen und bereits als potentielle Kriminelle gezeichnet? Aber die Saarländer und jüngste Thüringer Bilanz des Herrn Dewes verzeichnet auch positive Initiativen.

So setzte er sich öffentlich für die Aufnahme von KurdInnen und für einen Abschiebestopp für diese Personengruppe ein. Auch befürwortete er einen B-Status für Bürgerkriegsflüchtlinge. Im Saarland wurden diese unterstützenswerten Ansätze jedoch durch Fälle rigoroser Abschiebung überschattet, die von Asyl-Initiativen scharf kritisiert wurden.

Es ist zu hoffen, daß der Jurist und Theologe Richard Dewes in Thüringen an die durch Humanität und Sachlichkeit gekennzeichneten Anteile seiner bisherigen Asylpolitik anknüpfen wird. Ein Flüchtlingsaufnahmegesetz wäre ein solches Signal.

(ce/jb)

CDU-Rechte formiert sich

Der Koalitionskurs der Thüringer CDU scheint dem internen rechten Lager wohl zu weit zu gehen. Die CDU-Rechte, bisher bekannt geworden durch Übertritte zu den Republikanern, macht wieder auf sich aufmerksam. Im Februar verkündete der durch die "Raststättenaffäre" gestürzte, ehemalige Minister Willibald Böck, inzwischen wieder in hoher CDU-Position, die Bildung eines Gesprächs-Kreises. Unter seiner Leitung habe sich der "Wachsenburgkreis" gebildet, welcher sich aus nicht näher benannten Persönlichkeiten u.a. aus Polizei, Politik und Bankwesen zusammensetze. Dieser sei zustandegekommen, um gegen den derzeitigen Kurs mit der SPD zu agieren. Wie aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautete, sei der berühmte ehemalige Polizei-Staatssekretär aus dem Thüringer Innenministerium Michael Lippert der geistige Vater des Ganzen. Lippert, der in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde, gilt als der Verantwortliche für den Einsatz gegen DemonstrantInnen anlässlich des Staatsbesuches des chinesischen Ministerpräsidenten Li Peng.

Rechte Denzkirkel

Rechte Denzkirkel, innerhalb und bei der CDU, sind seit Jahren durch ihre neurechte Ideologie und durch ihre Kontakte ins rechtsextreme Lager bekannt geworden. Eine breitere Öffentlichkeit nahm diese wahr, als Zeitungen die regelmäßige Teilnahme des Pressereferenten des Berliner Innensenators Bonfert am sog. "Dienstagsgespräch" veröffentlichten. An ihm nahmen u.a. Jörg Haider, Manfred Brunner, Heinrich Lummer und der ehemalige Vorsitzende der Berliner Republikaner Klaus Weinschenk teil. Vorbild ist die Düsseldorfer "Herrenrunde", dessen Mitglie-

Fortsetzung von "Das Prinzip Desertion"

Albertz steht für das Beispiel des Deserteurs. Noske für das Beispiel des Exekuteurs. Albertz ist der Pastor (Priester), der sein Gewissen über das Amt (Kirche) stellt. Man sagt, das Beispiel taue nichts, weil die Desertion nichts bringe. Ein Mann ersetzt den andern. Doch was bringt das Beispiel Noske, außer einem ehrenhaften Leben, wie es die Obrigkeit mag, welche es auch sei.

Vor die gnadenlose Wahl gestellt, entweder Kain oder Abel zu sein, wählt der Deserteur das Weder noch. Indem Noske bei Hitler um Amtsverlängerung bat, verriet er seine Genossen und begab sich unter die Fahne des Bluthundes, statt davon zu desertieren. Noske verlängerte seine Matrosenabschlachtung von 1918 und erwies sich als unfähig, zu begreifen, daß jetzt die Flucht von der Fahne moralisch geboten war. Desertion aber wird zwingend, verlangt eine Führung Gehorsam, ohne Mitbestimmung zu gewähren.

Der Deserteur ist in allen Armeen der schlimmste Feind, schlimmer als der Feindsoldat, denn er widersteht dem Befehl zum Töten und nimmt lieber den eigenen Tod in Kauf, was die Ohnmacht seiner Vorgesetzten beweist und erklärt, weshalb der Fangschuß, der Deserteuren nach der Exekution verabreicht wird, selten aus einer Kugel, meist aus mehreren Schüssen besteht, obwohl es nicht notwendig ist, bietet der bereits Erschossene doch das beste Ziel, und aus nächster Nähe. In den üblichen Mehrfachfangschüssen verrät sich die Wut der Fahnentreuen gegenüber dem Fahnenflüchtigen, der diejenige Schuld nicht auf sich nehmen wollte, die die anderen unerschütterlich und empfindungslos tragen. Also wird mit allem militärischen Nachdruck exekutiert.

Ohne Exekution derer, die sich mitzumachen weigern, kein Krieg. Das wissen die Generale und Juristen; ihre Teilhabe an den Todeschüssen hält die Welt in Ordnung, an der der Deserteur rüttelt, und sei es, wie in manchen Fällen, nur aus Angst, Unwillen, Egozentrik. Der Deserteur aber, der die Naziwehrmacht verließ, spricht mit seinem Weggang jeden, der bei ihr blieb, schuldig. So näherte sich der deutsche Deserteur des Zweiten Weltkriegs jener Gruppe Menschen, die gleich ihm aus Prinzip zum Tod bestimmt waren, den Juden. Für Juden wie Deserteure gilt gleichermaßen, daß ihnen bei Festnahme der Tod zugeordnet war, und so wie die Rassenideologie den Juden nicht freistellte, dem Tod zu entkommen, so war der Deserteur nicht mehr zu retten. Die vollendete Fahnenflucht gestattete keine Milderungsgründe, ganz wie die Juden nicht Milderungsgründe für sich vorbringen konnten.

Lenin, der im Ersten Weltkrieg die Soldaten aller Länder zur Desertion aufforderte, erfüllte die Wünsche des kaiserlich-deutschen Generalstabs, der ihn per Eisenbahn vom Schweizer Exil quer durch Deutschland in den Osten transportieren ließ. Mit Waffenstillstand und Vertrag von BrestLitowsk verschaffte Lenin Rußland Ruhe im Westen und Deutschland Ruhe im Osten.

Die bedrohte Revolution zwang die Sowjets zum langen Krieg im Innern, danach zum bewaffneten Schutz nach außen. Mit dem Dritten Reich entstand ein Feind, dem gegenüber Desertion Verrat gewesen wäre. Um so weniger war sie es in der deutschen HitlerArmee, um so mehr war sie hier moralisches Gebot.

Aus: Gerhard Zwerenz, Soldaten sind Mörder - Die Deutschen und der Krieg, München 1988

Abdruck leicht gekürzt mit freundlicher Genehmigung des Autors

der teilweise den Europawahlkampf der Republikaner 1989 mittels Bürgschaften und Darlehen finanzierten.

Zurück nach Weimar?

In der Weimarer Republik vereinte der "Deutsche Herrenklub" Persönlichkeiten aus Politik, Medien, Wirtschaft und Adel mit dem Ziel, eine konservative Elite herauszubilden und das demokratische System zu stürzen. Mit dabei auch jene Bankiers und Industrielle, die sich 1932/33 für eine Einsetzung Hitlers als Reichskanzler stark machten.

(Quellen: TLZ und Antifa Infoblatt 28) (ce)

Frühlingsrolle mit Senf

Die Bundesanstalt für Arbeit will, daß in ausländischen Restaurants nur noch zwei Köche aus nicht-EU-Ländern beschäftigt werden können. "Wollen wir wirklich zulassen, daß z. B. im Rhein-Main-Gebiet mittlerweile über 350 Restaurants allein aus dem Verwaltungsgebiet China aufgemacht haben?" fragt Heinz Seidel von der Bundesanstalt. Herr Seidel hat recht, wo kämen wir hin, wenn jeder zu seiner Frühlingsrolle auch noch ein Bami Goreng essen könnte! Wir sind multikulturell, das hat er mit scharfen Verstand erkannt. Und wem die Frühlingsrolle mit Senf nicht schmeckt, der soll eben gleich eine Bratwurst bestellen. Deutsche, eßt deutsche Bananen! (jb)

Duldung oder Abschiebung keine Alternative !

In der letzten Zeit war der Presse zu entnehmen, daß das "Problem" mit den sogenannten vietnamesischen VertragsarbeiterInnen bald gelöst sein könnte. Es wurde auf einen entsprechenden Rückführungsvertrag zwischen der BRD und Vietnam verwiesen.

Die Einzelheiten der vertraglichen Ausgestaltung müssen noch ausgehandelt werden, denn es geht um Geld, und zwar um harte Währung, welche die BRD der Republik Vietnam zur "Wiedereingliederung" der jetzt schon mehrere Jahre hier lebenden vietnamesischen Menschen auszahlen soll.

Dies wird dann noch als Entwicklungshilfe, selbstlos wie "wir" nun mal sind, deklariert.

Da es aber einige Streitigkeiten zwischen den Vertragspartnern über die Verwendung des Geldes gibt, sind die Verhandlungen erst mal ausgesetzt.

Da immer nur von den Regierungen die Rede ist, stellt sich allerdings die Frage, ob irgendjemand in unserem so menschlichen Staat die betroffenen Menschen fragt, was sie eigentlich wollen. In den Medien wird von ca. 40.000 VietnamesInnen gesprochen, die den Aufenthaltsstatus der Duldung "genießen".

Wenn es nach der offiziellen und der BiertischBRD ginge, wären sie schon längst weg, aber die vietnamesische Regierung wollte sie ob der riesigen Probleme eines "Dritte Welt" Landes nicht so ohne weiteres übernehmen. Menschen als Manövriermasse zur Geldumverteilung!

Es bleibt abzuwarten, wie der endgültige Vertrag aussehen wird, und was das in der Praxis für die hier lebenden VietnamesInnen bedeuten wird.

Keine Zeit bleibt allerdings bei den konkreten Überlegungen, wie diesen Menschen bei drohender Abschiebung geholfen werden kann!

Deutscher Alltag



In der Bahnhofshalle in Eisenach wurde am 9. Juni 1993 eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Deportation und den Mord an den jüdischen Menschen aus Eisenach enthüllt. Diese Stelle war einer der örtlichen Ausgangspunkte des Weges in die deutschen Vernichtungslager während der Nazi-Zeit.

Das Anbringen der Tafel war überfällig und kam in einer Zeit, in der in der BRD wieder verstärkt Nazi-Parolen und antisemitische und rassistische Übergriffe bis hin zum Mord zur Realität gehören. Die Rolle der etablierten und staatstragenden Parteien und Medien ist nur am Beispiel der ideologischen Vorbereitungen der Abschaffung des Asylrechts (Feindbild Asylant und Wirtschaftsflüchtling) allzu bekannt.

Deshalb war und ist das Anbringen der Gedenkschrift ein wichtiges Zeichen zur richtigen Zeit.

Das Irrationale an diesem Ort ist, daß genau gegenüber in derselben Halle ein Zeitungsshop ohne Skrupel rechtsradikale und rechtskonservative Zeitungen von Junge Freiheit bis Deutsche Nationalzeitung mit den bekannten Überschriften und Inhalten vertreibt.

Fällt dieser diametrale Widerspruch unter freie pluralistische Meinungsäußerung? Allerdings kann man/frau darauf verweisen, daß, wenn man/frau sich weiter umsieht, in fast allen Zeitungsverkaufsstellen in diesem Land solcherart Meinung zu haben ist. Oder sind mir nur die engagierten und verantwortungsbewußten ShopinhaberInnen und VerkäuferInnen nicht bekannt, die diesen geistigen Auswurf an den Vertrieb mit "kein Bedarf" zurücksenden? (Asor)



An der ehem. Synagoge Eisenach

Was soll das?

In der Broschüre zum "Gedenkkonzert - 50 Jahre Zerstörung Augustinerkloster" der Augustinerkirche Erfurt am 25. Februar 1995 wurde auf der vorletzten Seite ein Ausschnitt der damaligen Thüringer Gauzeitung vom 13. März 1945 abgedruckt.

Die zwei Augenzeugenberichte auf den vorhergehenden Seiten sprechen für sich, auch der Artikel "Heldengedenken und Trauerfeier für die Gefallenen" vom März 1945. Nur zweifle ich an, daß ihn ALLE als Stimmungsmache und Beeinflussung (Volksverdummung) der damaligen Zeit verstehen. Was soll das?

Können wir uns erlauben, auf einleitende Worte zu verzichten?

Mehr Feingefühl bitte!



A. Ritter

Wem nützt das?

In dem Moment, wo in Bonn über die Aufhebung des Abschiebestopps für Flüchtlinge aus Kurdistan diskutiert und entschieden wird, reisen die Meldungen über Anschläge auf türkische Reiseveranstalter und andere Einrichtungen und sogar türkische Kultureinrichtungen, Moscheen und Geschäfte nicht ab.

Perfektes Szenario

Ein scheinbar perfektes Szenario, zumal in der deutschen Öffentlichkeit, obwohl die Täter nicht bekannt sind und die sonst so erfolgreiche deutsche Polizei im Dunkeln tappt, also vom Biertisch bis zu Kinkel, alles klar ist.

Es können nur die Kurden dahinter stecken.

"Wer das deutsche Gastrecht mißbraucht, hat es verwirkt", also: Abschiebung.

Reingewaschen?

So hat die deutsche Politik einen Vorwand (sie braucht ihn noch) und die Politik des Bruderstaates Türkei gegenüber einem "Volk (Kurden, Alawiten...) von Terroristen" wird reingewaschen und gerechtfertigt.

Und somit auch die bundesdeutsche Unterstützung (Waffen, Finanzen, moralisch) für den Völkermord.

Ist es wirklich die PKK? Oder sind türkischer Geheimdienst, deutsche Neofaschisten oder andere am Werk?

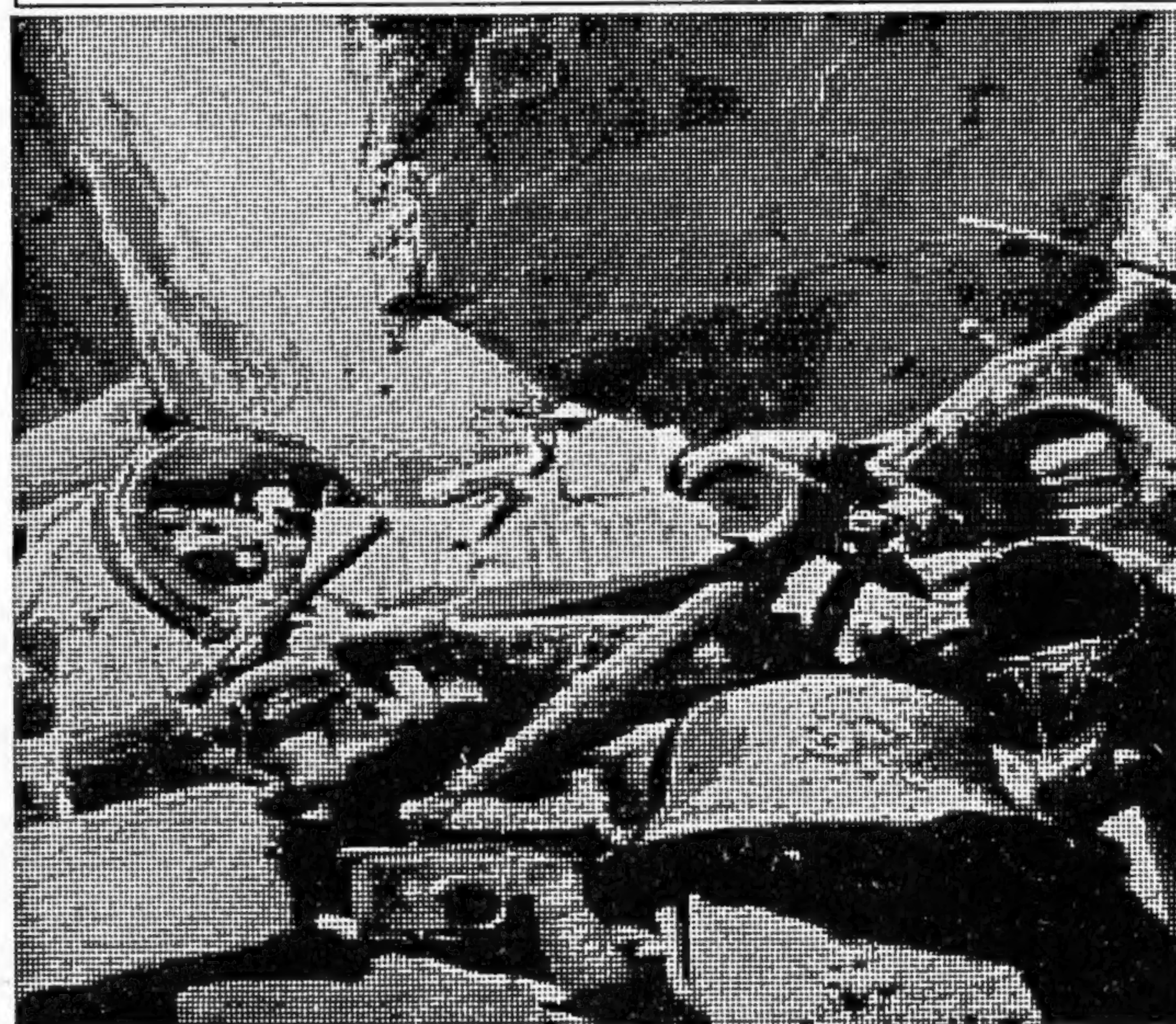
(asor)

Zum Beispiel: ziviler Ungehorsam

Mannheimer Schöffin ist "nicht zu erreichen"

Man erinnere sich: Im Herbst 1994 fällt das Mannheimer Landgericht unter Vorsitz des Richters Rainer Orlet das Skandalurteil gegen den NPD-Vorsitzenden Deckert, in dem diesem nicht nur eine "verantwortungsbewußte Persönlichkeit" bescheinigt, sondern auch ein gewisses Verständnis dafür gezeigt wurde, daß er "den Juden ihr ständiges Insistieren auf dem Holocaust und die von ihnen aufgrund desselben auch nahezu fünfzig Jahre nach Kriegsende immer noch erhobenen finanziellen, politischen und moralischen Forderungen Deutschland gegenüber bitter übel" nimmt.

Orlet ist zur Zeit Beisitzer in einem Mordprozeß gegen einen Albaner. Nachdem ein Befangenheitsantrag gegen ihn abgelehnt wurde, machte eine Schöffin Ernst: Sie weigerte sich, gemeinsam mit dem Deckert-Richter zu diesem Prozeß zu erscheinen. Bei Inkaufnahme eines Ordnungsgeldes war sie zum Prozeßauftakt "nicht zu erreichen". (jb)



Deutschland 1945

Ende für Weimarer Ausländerbüro?

Die rot-grüne Rathauskoalition in der Thüringer Kulturstadt plant, die Stelle des/der kommunalen Ausländerbeauftragten zu streichen.

Ein unumgänglicher Schritt zur Entlastung des defizitären Etats, hieß es im Rathaus.

Die Meldung, die ausländische Bevölkerung in Weimar sei nun aufgerufen, alternative Sparvorschläge zum Erhalt des Büros zu machen, wurde durch die Koalition nicht bestätigt. (jb)





DenkMal

für den unbekannten Wehrmachtsdeserteur

Der 8. Mai 1945 war auch für die Deutschen die Befreiung vom Hitlerfaschismus und die Chance für einen Neuanfang. Wie sie genutzt wurde, zeigt der Zustand unserer Gesellschaft und der Umgang mit der Geschichte. Ist er nicht geprägt von Vergessen, Verdrängen und Umdeuten? Sind sich die Deutschen ihrer Schuld bewußt? Wurden die Täter zur Rechenschaft gezogen und die Opfer geehrt?

6. Mai 1995 - Erfurt

Unsere Befreier waren Ausländer. Jedoch gab es auch im deutschen Volk Menschen, die sich mit dem Verbrechen nicht abfanden. Es gab Widerstand in verschiedenen Formen und Qualitäten. Viele haben sich der Maschinerie entzogen. Die einen sind bekannt, andere blieben anonym oder wurden vergessen.

Die offizielle Geschichtsbetrachtung sieht in vielen dieser Menschen bis heute nicht die verantwortungsvolle Tat oder betrachtet sie sogar als Vaterlandsverräter. Nazi-Richter wurden nicht bestraft, die Opfer nicht rehabilitiert.

Es ist daher hoch an der Zeit, der Gesellschaft die Auseinandersetzung mit unbewältigten Problemen der Vergangenheit zuzumuten. Dazu gehört, das Erbe politischer Opfer der NS-Militärjustiz anzunehmen und der deutschen Kriegsdienstverweigerer und Wehrmachtsdeserteure zu erinnern, die mit ihrer Entscheidung einen Beitrag zur Befreiung geleistet haben.

Das Denkmal soll als Aufforderung verstanden werden, die Ehre dieser Deutschen wiederherzustellen, sie juristisch zu rehabilitieren und erlittenes Unrecht anzuerkennen, wo es nicht mehr zu bereinigen ist.

Gleichzeitig soll das Denkmal das Gewissen gegenüber jeglicher Verletzung der Menschenrechte schärfen und die BetrachterInnen ermutigen, sich der Gewalt zu widersetzen.

Ein Kunstwerk soll es sein, aber gleichzeitig soll es am Gewissen der EinwohnerInnen der "Stadt des Friedens" rütteln, uns bewußt machen, daß auch heute, nach 50 Jahren, nebenan in Europa und in der ganzen Welt menschenverachtende Kriege toben.

Beweisen wir den Menschen, die versuchen, sich diesen Kriegen zu entziehen, unsere Anerkennung und Unterstützung! Fordern wir die Regierungen auf, ihr Verhalten ihnen gegenüber zu verändern. Kann man gegenüber einem Krieg glaubwürdig auftreten, wenn man sich im eigenen Haus dem Druck nationalistischer Krise beugt? Wird die Verweigerung - selbst eines Krieges, der von allen verurteilt wird - als Bedrohung der eigenen Ordnung aufgefaßt?

Am 6. Mai 1995 soll das Denkmal in Erfurt enthüllt werden. Das Denkmal würde die positiven Ansätze der Politik der Stadt zu dieser Thematik bestätigen. Ganz sicher wird es die Diskussion beleben.

Es bedarf aber neben der Zustimmung durch den Rat auch der Unterstützung durch eine breite Öffentlichkeit, die die Idee sowohl moralisch, als auch finanziell (Materialkosten und Honorar) unterstützt. In diesem Sinne wenden wir uns mit der Bitte an Sie, die Idee des Denkmals für den unbekannten Wehrmachtsdeserteur im Rahmen eines Patronatskomitees zu unterstützen.

Ich erkläre mit meiner Unterschrift die Unterstützung des Erfurter DenkMals für den unbekannten Wehrmachtsdeserteur:

Bitte unter Angabe der genauen Anschrift und Funktion bzw. Orga./Initiative und unterschreiben

Spendenkonto für abzugsfähige Spenden:

Kulturverein Mauernbrechen e.V./Stadtverwaltung Erfurt, Sparkasse Erfurt, Kto.-Nr. 36831331, BLZ 82054222, Kennwort "Mauernbrechen/Deserteure"

Erstunterzeichner:

**Ralph Giordano, Schriftsteller,
Gehard Zwerenz, Schriftsteller, Wehrmachtsdeserteur**

Bitte rücksenden an: LAG AntiFa/AntiRa; DGB-Bildungswerk Thüringen e.V., Juri-Gagarin-Ring 150, 99084 Erfurt, Tel.: 0361-5961394, Fax: 0361-5624941

Zur Finanzierung des DenkMals benötigen wir noch viel Geld, Spendet bitte an das o.g. Konto. Auch die kleinen Spenden helfen uns weiter. Die Spenden werden ausschließlich für die Bezahlung des Künstlers Thomas Nicolai und des Materials verwendet.

6. Mai 1995

oder: Wie man fast einen Zug verpaßt

Mehr als eine Stunde lang diskutierte der Rat der Stadt Erfurt am 22. März über den Antrag der Fraktion Forum/Grüne, auf dem Petersberg einen Platz zur Errichtung des DenkMals für den unbekannten Wehrmachtsdeserteur zur Verfügung zu stellen. Die seit mehreren Wochen heftig geführten öffentlichen Diskussionen um dieses Projekt hatten Erfolg: Der Rat der Stadt beschloß mit 24 x Ja, 17 x Nein und 3 Enthaltungen, die Initiative zur Enthüllung des Denkmals am 6. Mai zu unterstützen.

Es waren schon eigenartige Argumente, die man von der Zuschauer-Empore im Rathaus hören konnte. Da war von "fahrenden Zügen" die Rede, auf die man - gemeint war die Stadt - prinzipiell nicht "aufspringen" sollte. Andere wollten das Denkmal ablehnen, weil man doch allen, die unter dem 2. Weltkrieg litten - Deserteuren wie fahrentreuen Soldaten - gleichermaßen gedenken müsse. Und wieder andere meinten, man müsse alle Opfer des "Totalitarismus" ehren.



Wehrmacht

Deserteure

Sieger

Besiegte

Besetzter

Befreite

Wehrmacht

Deserteure

Sieger

Besiegte

Besetzter

Befreite

Besiegt

Besetzt

Befreit

8. Mai 1945

1945

1945

Deserteure

Sie

Befrei

Besetzte

Befreite

Deserteure

Freiheit

Besiegte

Besetzte

Befreite

Deserteure

Freiheit

Deserteure

Befrei

Besetzte

Befreite

Deserteure

Freiheit

Besiegte

Besetzte

Befreite

Deserteure

Freiheit

Friedenszug Denkmalsenthüllung

Es sprechen

Vera Lengsfeld,
Gehard Zworenz,
Ralph Giordano

und andere

6. Mai

11 Uhr ab Haus d. Gewerkschaften Erfurt

Es hat eine traurige Geschichte in der Bundesrepublik Deutschland, das Bekenntnis zu den singulären Verbrechen des deutschen Nationalsozialismus aufzulösen in nebulöse Formulierungen. Die CDU Erfurt schloß sich dieser Geschichtsbetrachtung weitgehend an und verweigerte der Errichtung des Denkmals folgerichtig fast geschlossen die Zustimmung. Erfreut konnte man jedoch das ansonsten große Engagement der Ratsmitglieder zur Kenntnis nehmen. Viele haben begonnen, über dieses Kapitel der deutschen Geschichte nachzudenken. Viele erfuhren erst jetzt, daß in der Stadt Erfurt auf dem Petersberg das Militär- und später Kriegsgesicht seine Urteile sprach - darunter etwa 60 Todesurteile, von denen 6 auf dem Petersberg selbst, die übrigen im Steiger, in umliegenden Ortschaften und später auch in Weimar vollstreckt wurden.

Verhinderungsstrategie gescheitert

Auch "formale Gründe" mußten als Argumente gegen die Errichtung des Denkmals herhalten. Nachdem der Oberbürgermeister 11 Wochen untätig verstreichen lies, teilte die Kunstkommission zwei Tage vor der entscheidenden Ratssitzung mit, daß alle Formalia eingehalten werden müßten: Eine Jury müsse einberufen werden, es müsse über Ausschreibung oder Direktberufung eines Künstlers entschieden werden, Gutachten seien einzuholen u.s.w. u.s.w. Und all dies, obwohl nicht die Stadt, sondern die Initiative das Projekt entwickelt, trägt - und finanziert. Mit Genugtuung konnten wir ZuschauerInnen beobachten, wie die Ratsmitglieder mehrheitlich den Verzögerungs- und Verhinderungsstrategien des Oberbürgermeisters und maßgeblicher Kulturpolitiker nicht Folge leisteten. Aufmerksam werden wir trotzdem die nächsten bürokratischen Schritte verfolgen.

Zum Kunstprojekt

Der Thüringer Künstler Thomas Nicolai wird das DenkMal entwerfen und in Kooperation mit Azubis aus der DB AG errichten. Die Idee: Im

Diskussionsprozeß mit den Azubis, der Initiative, interessierten BürgerInnen und in Abhängigkeit des Aufstellungsort entsteht das Kunstwerk. Der Künstler läßt sich damit auf einen Gestaltungsprozeß ein, der in der üblichen künstlerischen Arbeit eher selten ist.

Am 6. Mai wird auf dem Erfurter Petersberg das DenkMal für den unbekannten Wehrmachtsdeserteur enthüllt. Damit beginnt die zweite Phase des Projekts: die genaue Recherche über die lokale Geschichte, über Einzelschicksale, über den Umgang damit nach 1945. Hier wird sich der von der Stadt eingeforderte Diskussionsbedarf beweisen: Werden Gelder für Forschungsarbeiten bereitgestellt? Werden Historiker mit der wissenschaftlichen Bearbeitung beauftragt?

Ein Ratsmitglied zog in seinem Redebeitrag folgenden Schluß:

Manche Termine verstreichen, wenn man den Zug verpaßt!



Dokumentation:

Neue Kriminalisierungswelle?

Innerhalb der AG-Kriminalisierung des bundesweiten Antifatreffens gab es den Versuch einer Analyse von Kriminalisierungsstrategien der letzten fünf Jahre. Die Einschätzung konnte nur begrenzt sein, auch aufgrund mangelnder Einsicht in die Vielfalt der Ermittlungsverfahren. Anhand von Erfahrungsberichten einiger Städte aus der AG waren einige grobe Tendenzen festzustellen:

AntifaschistInnen werden aktiv



Um eine genauere Analyse über Ausmaß und Tendenz von Kriminalisierung erstellen zu können, bitten wir Euch, Bericht über laufende und abgeschlossene Ermittlungsverfahren an die Rote Hilfe, Postfach 6444, 24125 Kiel unter dem Stichwort "Repression gegen Antifas" zu schicken. Diese werden dort gesammelt und auf dem nächsten bundesweiten Treffen ausgewertet.

Wichtig dabei wäre:

- Straftatbestand, nach dem ermittelt wird (129a, Landfriedensbruch, Ordnungswidrigkeiten etc.)
- ob es zur Anklage oder/und zum Prozeß kommt
- verhängtes Strafmaß
- in welchem Zusammenhang stehen die Ermittlungen (Demos, Veröffentlichungen, Aktionen etc.)
- ob anhand der Akteneinsicht eine Ermittlungsstrategie zu erkennen ist und ob neue Technologien verwandt wurden
- zur Person: Alter, Geschlecht, (MigrantIn, Flüchtling?)
- welche Dienststelle leitet die Ermittlungen (LKA, örtliche Polizei etc.)

- Versuch der massiven Durchleuchtung von Gruppierungen durch verstärkte Eröffnung von Ermittlungsverfahren zunehmend auch im Antifa-Bereich. Dabei geht es auch darum, Informationen über jüngere und neue Leute zu erhalten und diese mit Kriminalisierungsversuchen gleichzeitig einzuschüchtern; Unerfahrenheit wird dabei ausgenutzt.
- Aufbau von neuen und festen Strukturen soll erschwert bzw. verhindert werden. Massenpersonalienfeststellungen im Vorfeld von bzw. während Demonstrationen und Aktionen, forciertes Einleiten von Ermittlungsverfahren im nachhinein.
- Verschärfung des Strafmaßes.
- Voraussichtliche Zunahme von Kriminalisierungsversuchen.
- Bündnisfähigkeit antifaschistischer Gruppen soll verhindert werden.
- Spaltungsversuche innerhalb kriminalisierter Zusammenhänge.

Interessant sind natürlich auch alle bisher getroffenen Analysen, Bewertungen, Einschätzungen.

Die AG Kriminalisierung des bundesweiten Antifa-Treffens

Frühjahrskonferenz der Anti-Atom-Bewegung

Von Samstag, dem 29. April bis Montag, dem 1. Mai findet in Helmstedt, Niedersachsen das Frühjahrstreffen der Anti-Atom-Bewegung statt. Die Anfänge des Widerstandes hatten ihre Wurzeln in der Friedens-, Linken- Autonom- und Jugendszene, intensive, alternative Öffentlichkeitsarbeit führte schnell zu einer breiten Aktionsbasis und zu beeindruckenden Demonstrationen wie vor Brokdorf.

Genauso liefen jedoch viele wirksame auch gewaltfreie Aktionen.

Als der Kampf gegen den Staat und die Atommafia jedoch immer schwieriger wurde, verlegte sich ein großer Teil der Bewegung auf Öffentlichkeitsarbeit und Parteieklüngel, die Grünen wurden gegründet, die SPD rang sich zum Papier-Ausstieg durch.

Die Autonome- und Jugendszene war plötzlich scheinbar mit ihren Positionen isoliert, der antifaschistische (Straßen-)Kampf und der Kampf um eigene Freiräume rückte mehr in den Blickpunkt.

Das Ringen um ein besseres Leben ließ bei vielen in Vergessenheit geraten, daß die Wurzeln unserer Unzufriedenheit sich jedoch in den Strukturen der Gesellschaft finden. Der Atomstaat und -filz ist jedoch eine der Stützen des Systems, da hier z.B. öffentliche Funktionen wie die Energieversorgung zentralisiert und damit einer Beeinflussung durch das Volk entzogen ist: Eine Autonomie (alternative Energien aus z.B. Sonne und Wind) wird mit allen Mitteln bekämpft.

Letzen Sommer rückte der Atomstaat über die Auseinandersetzung um die Lagerung des Atomabfalls in Gorleben wieder in das Blickfeld der Autonomen Bewegung. Aber der Widerstand gegen diesen (Atom-) Staat darf nicht erst beim Müll beginnen, sondern muß Politik, Konzerne und die Anlagen (be-)treffen.

Wem/Wer das jetzt alles inhaltlose Vokabeln sind, der/die sollte sich einfach informieren; dafür findet u.a. die Frühjahrskonferenz statt.

Die Konferenz dient der Stärkung des Zusammenhaltes, der Weiterbildung und soll gemeinsame Aktionen und Kampagnen koordinieren. Hier werden die Arbeitsschwerpunkte der nächsten Zeit festgelegt. Sie ist ein guter Ort, Motivation zu tanken und aktuelle Infos aus erster Hand zu bekommen.

Alle Aktiven der Bewegung, aber auch alle, die sich informieren oder aktiv werden wollen, werden herzlich von den Magdeburger und Helmstedter Bürgerinitiativen eingeladen, für die drei Tage nach Helmstedt zu kommen.

Dieses Jahr steht die Konferenz unter folgendem Motto:

Atom Müll verhindern, Abschalten jetzt!

Dieses Jahr stehen aber eine Vielzahl wichtiger Entscheidungen an, z.B.:

- Das CASTOR-Zwischen-/Dauerlager in Gorleben soll mit der CASTOR-Einlagerung in Betrieb genommen werden.
- In den Atom-Konsensgesprächen soll die Atomenergie für die nächsten 40 Jahre festgeschrieben werden.
- Die Bundesregierung läßt erkennen, daß sie sich zur Atomwaffenmacht aufschwingen möchte.
- In München soll ein Reaktor mit bombenfähigen Uran gebaut werden, der erste seit Jahren weltweit.

Es wird also noch wichtiger, kraftvoll und fantasie reich gegen die Atomlobby zu kämpfen, bevor uns ein deutsches Tschernobyl ereilt, ein CASTOR-Behälter verunglückt und die Forschungsgelder, statt für die Förderung regenerativer Energien, für neue Atom-Reaktoren verschleudert werden und der Staat sich weiter zementiert. Dafür finden auf der Konferenz viele Arbeitskreise zu folgenden Themen statt:

Rücktransporte aus den WAAs La Hague und Sellafield, Leukämie, Ausstieg über das Prinzip der "vollständigen Schadenshaftung" (Sofort-Ausstieg über marktwirtschaftliche Elemente), neue Endlager-Standorte in Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg, Widerstandsformen, öffentliches Auftreten, Planfeststellungsverfahren, Konzernstrukturen, (Unsinn der) ATOM-Konsensgespräche, Rechtshilfe, regenerative Energien, Uranabbau und vieles mehr.

Neben dem Inhalt gibt's noch ein Rahmenprogramm mit Büchertischen, Ausstellungen, Aktionen und Kultur.

Natürlich wird biologisches und vegetarisches Essen (von Rampenplan) geboten. Die Konferenz wird von der Helmstedter BürgerInnen-Initiative gegen das Atom Müllendlager Morsleben durchgeführt.

Die Frühjahrskonferenz findet dieses Jahr in Helmstedt (Lademann-Realschule, Wilhelmstr. 13), unweit des einzigen betriebenen Endlagers der BRD statt. Helmstedt liegt zwischen Braunschweig und Magdeburg direkt an der ehemaligen innerdeutschen Grenze.

Anmeldungen bei:

Uli Huland, Hauptstr. 20, 38375 Rabe Fax 05351/41861

Für die Frühjahrskonferenz 95 (und auch die sonstige Arbeit) haben die Bis zwei Spendenkonten eingerichtet:

Magdeburg: Über das Jugend- und Umweltbüro (JUB)

Kontoinhaber JUB/ÖZIM e.V. Konto 1668234 bei der Volksbank Magdeburg, BLZ 81093274

Bitte auf keinen Fall vergessen: Stichwort: BI Morsleben und bei Wunsch nach Spendenquittung die vollständige Adresse angeben.



Nur "Altenburger" Zustände ?

"In Altenburg gibt es eine Gruppe Jugendlicher im Alter zwischen 18 und 25 Jahren. Ein paar von ihnen lernte ich in einem Gymnasium kennen, als sie mich einluden, in der Schule über den Faschismus zu erzählen. Seitdem habe ich mit diesen Jugendlichen gute Kontakte.

Auch wenn diese Jugendlichen nicht ... bereit sind, sich in einer Antifa-Organisation zu binden, leisten sie eine umfangreiche und engagierte Antifa-Arbeit. Die Vorbereitung und Durchführung von Gedenkkundgebungen in Altenburg im vergangenen Jahr wurde durch diese Gruppe erst möglich.

Nun zu dem, was mir immer mehr Sorge bereitet:

Einige aus dieser Antifa-Jugend haben sich zusammengetan und bewohnen ein ehemals leerstehendes größeres Wohnhaus, das ihnen von der Stadt Altenburg zur Verfügung gestellt wurde. Sie haben seit ca. einem Jahr dieses Alternativhaus instandgesetzt, renoviert, Wohnräume, einen Aufenthaltsraum, ein Café, eine Bibliothek, ein Musikzimmer und einen Computerarbeitsraum eingerichtet, um sich Möglichkeiten für ein sinnvolles Leben trotz ihrer Arbeitslosigkeit zu schaffen.

Diese guten Vorsätze werden laufend durch faschistische Jugendliche, Radaumacher gestört.

Da werden Fenster eingeschlagen, Türen eingetreten, ein vor dem Haus parkendes Auto angebrannt, auch die anderen Anwohner belästigt. Nie findet die Polizei die Schuldigen bzw. läßt sie nach Feststellung der Personalien wieder laufen, so daß nach ein paar Tagen wieder das gleiche passiert, also wieder ein Überfall auf das Haus.

Jedoch was sich am 10. November 1994 abspielte, spottet jeder Beschreibung.

Morgens, um 6.00 Uhr stürmte Geraer Polizei und ein 20 Mann starkes Feldjägerkommando aus Leipzig das Haus in kugelsicheren Westen mit vorgehaltenen Pistolen. Man drang durch eingeschlagene Fenster in das Haus ein, fesselte die bis dahin friedlich schlafenden Bewohner auf dem Rücken, trieb sie auf die Straße und zwang sie dort, kniend vor einer Wand, eine Stunde zu verharren. Als die Jugendlichen diese Tortur überstanden hatten, fanden sie im Haus ein ungeheures Bild der Verwüstung vor. Sämtliche Schränke waren umgekippt, Kleider, Sachen, Bücher lagen wild verstreut auf dem Fußboden, Fenster waren zerschlagen, zwei nicht verschlossene Schiebetüren waren eingetreten, Möbel umgestoßen usw. usf. Bei dem Überfall wurden zwei Jugendliche verletzt, so daß sie sich in Behandlung begeben mußten.

Mich erinnern diese Methoden der Feldjäger und der Polizei an 1933!. Da habe ich das gleiche von SA und SS erlebt.

Über die Gründe ihres Vorgehens verweigerten Polizei und Feldjäger jegliche Auskunft, im nachhinein schiebt man sich gegenseitig den schwarzen Peter zu. So soll es sich um ein Amtshilfeersuchen der örtlichen Polizei handeln. Angeblich wurden zwei Jugendliche gesucht, die der Einberufung nicht Folge geleistet hätten. Gefunden hat man sie dort nicht.

Inzwischen haben die Bewohner des Alternativhauses Anzeige wegen Rechtswidrigkeit der Durchsuchung erstattet, um zumindest Schadensersatzansprüche stellen zu können. Vor allem sind sie erbost über die Gewalt und die Unverhältnismäßigkeit der Mittel, die ohne Durchsuchungsbefehl angewandt wurden.

Wie lange kann man solche Vorfälle ohne sich zu wehren über sich ergehen lassen?

Beinah kann ich es verstehen, wenn sich die Jugendlichen mit Gegenständen bewaffnen, um sich zu schützen. Ich habe ihnen bisher jedoch ganz entschieden davon abgeraten.

Wir sind nicht für Gewaltlösungen, und unter den gegenwärtigen Verhältnissen in diesem Staat würde die Schuld immer nur bei den Jugendlichen liegen und nicht bei den Rechten. So war es um 1933 auch.

Die meisten dieser Jugendlichen würden sich gern einen Rechtsanwalt nehmen, jedoch reichen die finanziellen Mittel dafür nicht aus. Auf der Gedenkkundgebung in Altenburg habe ich gesagt, daß wir froh und stolz sein können, daß es solche jungen Menschen gibt, die trotz großer eigener Sorgen, wie Arbeits- und Perspektivlosigkeit, die Zeichen der Zeit richtig erkennen. Und wir alten, übriggebliebenen Widerstandskämpfer können hoffen, daß die antifaschistischen kämpferischen Bemühungen dieser Jugendlichen ein Vorbild für viele andere junge Menschen sind. .."

(aus dem Diskussionsbeitrag der VdN-Kameradin Edith Obermaier, Altenburg auf der Landesdelegiertenkonferenz des IVVdN)



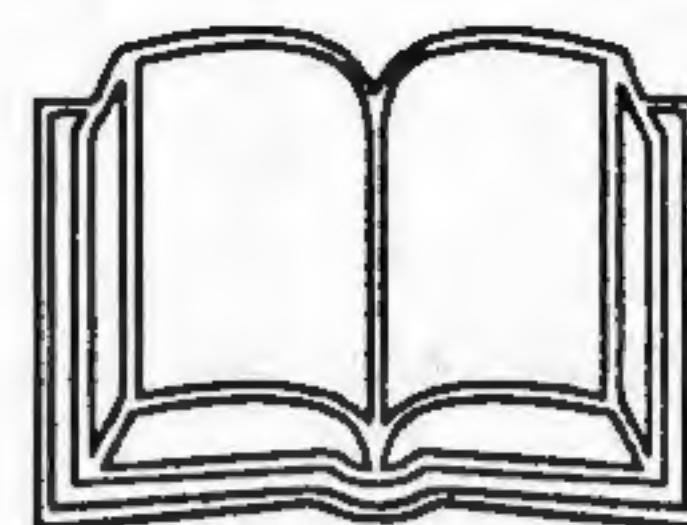
Auf Thüringentour

Er betrachtet Thüringen als seine erste Heimat nach der Befreiung, ist heute über achtzig und eine anstrengende Vortragsreihe (3 mal über 2 Stunden an einem Tag) läßt ihn nicht ermüden. Er kennt keine provozierenden Fragen, keine Tabus, sondern nur dumme Antworten. Die Rede ist von Kurt Goldstein, Ehrenvorsitzender des IVNdn und Vizepräsident des Internationalen Auschwitzkomitees. Was treibt einen, auf das gemütliche Altenteil zu verzichten, im Jahr noch über 30.000 km mit seiner Frau im Auto hinter sich zu bringen? Kurt Goldstein hat jungen und älteren Menschen viel aus seinem reichen Erfahrungsschatz zu vermitteln, aus seiner Zeit in Palästina, als Interbrigadist gegen Francos Horden und die deutschen Faschisten, als FDJ-Funktionär in Westdeutschland. Kurt, der so verschmitzt lächeln kann, einen feinen Sinn für anspruchsvollen Humor besitzt, er hat die Hölle auf Erden erlebt, er hat nach der Auslieferung aus der französischen Internierung an die Nazis, Auschwitz, einen Todesmarsch und Buchenwald überlebt. Und genau diese furchtbaren Erlebnisse und Erfahrungen lassen ihn nicht zur Ruhe kommen, lassen ihn gegen das Vergessen und die Verdrängung ankämpfen.

Kurt spricht über Auschwitz, die Todesfabrik Auschwitz, die Mordfabrik der Nazis im Bunde mit der deutschen Industrie. Über Auschwitz wird heute nicht die ganze Wahrheit gesagt. Viele der heutigen Geschichtsschreiber gehen mit wenigen Worten drüber hinweg, das Hitlers Plan, Europa bis zum Ural von den Slawen und "minderwertigen Rassen" zu entvölkern in "Mein Kampf" systematisch angekündigt und vorbereitet, 1934/35 im "Generalplan Ost" in der Form umgesetzt wurde, daß die deutsche Industrie noch märchenhafte Profite aus den zur Vernichtung bestimmten Menschen zog. Wurden 1942 noch bis zu achtzig Prozent der ankommenden Transporte direkt in das Gas geschickt, entstand ein immer größerer Bedarf an Arbeitskräften in Monowitz (Auschwitz 3) und in den Kohlegruben unter Tage. In den Arbeitslagern wurden 14-tägig "Selektionen auf Arbeitsfähigkeit" durchgeführt, und erst, wenn die Häftlinge durch schwerste Arbeit physisch vernichtet waren, mußten sie den Gang in die Gaskammern antreten. Diese Perversion wurde die Technologie der industriellen Verwertung von Menschenleben. Daß man heute die Geschichte "neuschreiben" will, aus Opfern Täter macht, erfüllt ihn mit Wut und Trauer. So betont er zu Beginn seiner Vorträge ausdrücklich seinen Dank an die Buchenwalder, an die politischen Häftlinge des KZ, die jene knapp 500 übriggebliebenen von 3000 Juden aus Auschwitz, die einen furchtbaren Todesmarsch überlebten und zu denen Kurt Goldstein gehörte, mit menschlicher Wärme aufnahmen und sie, die mehr dem Tode nahe waren, retteten. Kurt Goldstein bewertet den Sachverhalt, daß manche Historiker angeblich nur objektive Fakten verarbeiten, als eine Mär. Vielmehr sieht er den Versuch, daß man Buchenwald heute als antikommunistisches Instrument mißbrauchen will. Die Vorträge begannen in Weimar, am Fuße des Ettersberges. Im Sophiengymnasium hatte er erwartet, vor einer Klasse zu sprechen, dann wurde die Aula voll, und die Schüler stellten behutsam und intelligent ihre Fragen zum dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte. Am Abend im Klub der Volkssolidarität und dann noch in der evangelischen Studentengemeinde, wo die Stühle nicht reichten. Am Tag darauf in Arnstadt und Erfurt, an manchen Stellen seiner Erlebnisberichte, hätte man eine fallende Stecknadel gehört.....

Mit Schmerz muß er heute viele Vergehen in der DDR konstatieren, jedoch das mit den Naziverbrechen gleichzusetzen, hält er selbst für verbrecherisch. Nicht nur die Geschehnisse vor fünfzig Jahren spielten eine Rolle, immer wurde zum Heute, zur heutigen Rolle des Antifaschismus der Bogen geschlagen. So ist es für Kurt Goldstein wichtig, mit allen, die gegen Ausländerhaß, gegen den aufstrebenden Neofaschismus sind, ein breites parteienübergreifendes Bündnis zu schmieden. Nutzen wir die vielen Gedenkveranstaltungen im fünfzigsten Jahr der Befreiung, um mit unserer Teilnahme zu bekunden, daß der Antifaschismus uns nicht nur eine vom Staat auferlegte Pflicht war, sondern Herzenssache ist.

Diethard Hemme (BdA)



Diskussionsforum:

Was war in Buchenwald?

Wir dokumentieren im folgenden eine Stellungnahme von Emil Carlebach, Vorsitzender des nationalen Buchenwald-Komitees, zur anhaltenden Diskussion um Niethammers Buch "Der 'gesäuberte' Antifaschismus. Die SED und die roten Kapos von Buchenwald".

Jeder historische Vorgang muß im Zusammenhang mit der zu jener Zeit bestehenden Lage untersucht und beurteilt werden. Buchenwald fiel nicht vom Himmel; im Jahr 1932 hatten alle Parteien, die sich demokratisch nannten, von den Liberalen und Katholiken bis zur SPD und den Gewerkschaften die Wahl des monarchistischen Großgrundbesitzers und Feldmarschalls Hindenburg zum Reichspräsidenten veranlaßt. Einige Monate später ernannte er - was die Kommunisten warnend vorausgesagt hatten - Hitler zum Kanzler.

Die angeblichen Demokraten liefen scharenweise zu den Faschisten über. Die Minister der Hitlerregierung waren zu rund 50 % zuvor "demokratische" Minister! Dr. Adenauer bezog seine Pension von Hitler, ebenso wie Noske, Severing und andere Prominente der SPD. Der Papst schloß seinen Vertrag mit Hitler (Reichskonkordat), so daß jeder Katholik, der sich gegen Hitler stellte, "den Makel auf sich nahm, kein guter Katholik" zu sein, wie der frühere katholische Reichskanzler Brüning in seinen Memoiren (S. 664) schreibt. Die SPD-Abgeordneten stimmten am 17. Mai 1933 im Reichstag für Hitler, sangen mit den Nazis zusammen "Deutschland über alles"; einen Monat später warf die SPD die jüdischen Mitglieder aus dem Parteivorstand hinaus.

Der spätere Bundespräsident Heuss schrieb als Journalist für Göbbels; der spätere Bundespräsident Carstens, ebenso wie Kanzler Kiesinger, traten in die Hitlerpartei ein. Mehr als 90 % der Beamten, Richter, Polizisten folgten diesen Beispielen. Das Offizierskorps stellte sich restlos auf die Seite der Faschisten...

Die einzige Partei, die unter Todesgefahr den Widerstand fortsetzte, um Deutschland und Europa vor Krieg und Holocaust zu bewahren, war die KPD. 150.000 Kommunisten und Kommunistinnen gingen ins Gefängnis, Zuchthaus, KZ oder in den Tod.

Um bei Buchenwald zu bleiben; alle führenden Kommunisten, die im KLBU waren, wurden ermordet: Albert Kuntz, Theo Neubauer, Walter Stoecker, Walter Krämer, Rudi Arndt, und schließlich auch der Vorsitzende der KPD, Ernst Thälmann. Das wird verschwiegen, unterdrückt - warum wohl ...?

In keinem anderen Lande Europas gibt es diese "Behandlung der jüngsten Vergangenheit"!

Als Mitglied des Internationalen Buchenwald-Komitees war ich Ehren-gast bei Präsident Mitterand und Ministerpräsidentin Mme. Cresson in Paris, beim Erzbischof und dem Stadtkommandanten von Turin, beim Staatsakt in Dänemark, den die Polizei organisierte, und bei dem das Königspaar stehend dem Buchenwald-Lied die Ehrenbezeugung erwies. Und in Deutschland?

In Deutschland verbietet ein Kanzler seinen Diplomaten, an den Feiern zum Gedenken an die Landung der Alliierten in der Normandie teilzunehmen; läßt er die Brücke von Torgau - Erinnerung an das Zusammen-treffen der Soldaten aus Ost und West 1945 - in die Luft jagen; wird die antifaschistische Gedenkstätte Sachsenhausen liquidiert, und die Ver-teufelung des Widerstandes in Buchenwald fügt sich nahtlos in diese Abfolge ein.



Da wird allen Ernstes die Frage gestellt, was die Antifaschisten, vor allem die deutschen Kommunisten, veranlaßte, sich auf das "System der Häftlingsselbstverwaltung" einzulassen?

Zunächst einmal: eine "Häftlingsselbstverwaltung" hat es nie gegeben; jeder SS-Mann konnte jeden Häftling, welche Funktion dieser im Lager auch bekleidete, ablösen, bestrafen, mißhandeln oder auch töten! Daß wir die Dummheit und Faulheit der SS ausnutzten, um aus den Lagerfunktionen das Beste für unsere Kameraden herauszuholen, darauf sind wir stolz!

Keiner fragt, was denn die Filbinger, Kiesinger oder auch Nazioffiziere wie Dregger in ihren Herrschaftsfunktionen getan haben? Ob sie Menschen vor der Nazibarbarei retteten oder ob sie mitgemacht haben? Um solche

peinlichen Fragen der jungen Generation gar nicht erst aufkommen zu lassen, darum die organisierte Verteufelung unseres Widerstandes.

Wir waren nicht als "Opfer" im KZ, wie die unzähligen unglücklichen Juden, Sinti, all die nichtdeutschen Menschen, die als ohnmächtige Sklaven für die deutsche Industrie ins KZ geschleppt wurden. Wir waren Widerstandskämpfer, wie die Interbrigadisten in Spanien, die Maquisards in Frankreich, die Partisanen in Italien, Jugoslawien oder der Ukraine. Und weil die SS das wußte, setzte sie Verbrecher, kriminelle Verbrecher, als Spitzel, Antreiber, Folterknechte, Totschläger zwischen uns - gegen uns. Das ist die Realität, von der jede Beurteilung ausgehen muß.

Hier ein Zitat:

"Für das Verhältnis der Häftlinge untereinander gilt das Gesetz des Dschungels. Die Stärksten und Rücksichtslosesten herrschen in dieser kriminellen Häftlingsordnung über ihre schwächeren Mitgefangenen. Sog. Chefs kontrollieren den internen Schwarzmarkt für Alkohol, Drogen und sexuelle Dienstleistungen. Sie erpressen Schutzgelder, und wer nicht will wie sie, wird mit blanker Gewalt gefügig gemacht".

Dies ist die zusammenfassende Wiedergabe eines Fernsehfilms des ZDF vom 6. Januar 1995 (1995!) aus der Frankfurter Rundschau vom selben Tag - die Qualität einer deutschen Strafanstalt von heute! Vielleicht sind die erwähnten Fragesteller imstande, sich vorzustellen, wie es im KZ aussah, wo die SS solche Zustände nicht nur duldeten, sondern bewußt unterstützten, vorantrieben. Wer sich das vergegenwärtigt, wird nicht mehr fragen, warum wir wohl für die Verdrängung dieser kriminellen SS-Helfer für die Besetzung der Funktionen mit anständigen, ehrlichen Kameraden kämpften.

Da wird (nach 50 Jahren) entdeckt, daß kommunistische Lagerfunktionäre, wie z.B. unser Genosse Erich Reschke, Häftlinge geschlagen haben.

Ja, das Schlagen widersprach unserer kommunistischen Moral. Und wir haben es auch fast restlos in Buchenwald abschaffen können. Aber auch ich habe mich dessen schuldig zu bekennen. Im Jahre 1954 (vor 40 Jahren also bereits) habe ich in einem Bericht an den Parteivorstand der KPD geschrieben:

"Der Kampf gegen Brotdiebe, erpresserische Vorarbeiter und ähnliche Subjekte führte mehrmals dazu, daß ich solche Elemente ohrfeigte, weil sie in irgendeiner Weise bestraft werden mußten, eine Meldung bei der SS aber nicht infrage kam" (übrigens bei Niethammer abgedruckt Seite 468).

Vorbilder kommunistischen Verhaltens waren die beiden Genossen Georg Thomas und Ludwig Szimczak, die als Lagerälteste in Buchenwald-Dora vor angetretener Belegschaft den Befehl verweigerten, Mithäftlinge zu erhängen. Beide wurden deshalb ermordet.

Beispiel bleibt Albert Kuntz, der erschlagen wurde, weil er die "Geheimwaffen" VI und VII durch Sabotage unbrauchbar machte; er rettete damit ungezählten Frauen und Kindern in London das Leben. Diese Beispiele zeigen am deutlichsten, wie unsinnig die Behauptung ist, die Kommunisten hätten "nur für ihre eigenen Genossen gesorgt": unter den 3000 jüdischen Gefangenen, unter den 900 Kindern, die wir retteten, befand sich höchstens eine Handvoll Kommunisten. Aber darüber berichten weder die Journalisten, noch die Historiker im Adenauer-Kohl-Staat ...

Gegen die Verleumdungen, die bei Beginn des kalten Krieges verbreitet wurden, wandte sich der SPD-Kamerad Ernst Thape mit aller Schärfe:

a) "300 deutsche kommunistische Gefangene sollen sich als Untergrundorganisation der Herrschaft des Lagers bemächtigt haben, um die anderen Gefangenen grausam zu unterdrücken. Der Artikelschreiber be ruft sich auf einen Sozialdemokraten namens Müller, von dem der "Historiker" Robinson sein Material haben will.

Ich war einer der Leiter der sozialdemokratischen Gefangenen des Buchenwaldes und stelle fest, daß es unter den Sozialdemokraten des Buchenwaldes keinen Häftling gegeben hat, der eine solche schmutzige Bemerkung über seine Kameraden, die mit ihm gemeinsam gegen die SS kämpften, gemacht haben kann."

b) "Es ist nicht meine Aufgabe, mich in einen politischen Streit zwischen Parteien einzumischen, von denen eine die kommunistische ist. Die können und werden sich selbst wehren. Wenn aber mit einer Verleumdungsmethode gearbeitet wird, die nur zu vergleichen ist mit der Göbbelspropaganda, und wenn die Opfer dieser Propaganda meine kommunistischen Kameraden aus dem Konzentrationslager Buchenwald sein sollen, dann wäre ich ein erbärmlicher Wicht, wenn ich nicht öffentlich Zeugnis ablegte für diese tapferen Männer, die täglich, jahrelang, immer wieder ihr Leben einsetzten für andere, und von denen viele, deren Namen ich nennen könnte, unter den grausamsten Martern schweigend starben, nur um ihre Kameraden zu retten." All das ist bei Niethammer nicht zu lesen!

Für den todesmutigen Retter der Kinder, den deutschen Kommunisten Wilhelm Hammann, wurde in der jüdischen Gedenkstätte Yad Vashem eine Medaille geprägt und ein Baum gepflanzt. Die Amerikaner hatten ihn zuvor (ebenso wie den Genossen Otto Kipp) ein Jahr lang ohne Prozeß in Dachau eingesperrt. Es sei nicht vergessen, daß der Landesvorsitzende der CDU Hessen, Dr. Werner Hilpert, sich rückhaltlos für beide einsetzte. Alles uninteressant heute?

Es gehört zu den Schandtaten der Stalin-Ära, daß bei der Verfolgung der kommunistischen Kader durch das NKWD die Antifaschisten Ernst Busse und Erich Reschke nach Sibirien verbracht wurden, wo Ernst Busse sein Leben lassen mußte, während die SS-Leute, Nazi-Offiziere und Kriegsverbrecher zu Tausenden aus der Gefangenschaft entlassen wurden.

Daß Funktionäre der SED sich an diesen Unrechtstaten beteiligten, mag Dummheit oder Feigheit zur Ursache haben, ein Schandfleck in der Geschichte der Arbeiterbewegung bleibt es.

Wenn sich heute aber gewisse Damen und Herren an den "Urteilen" des NKWD festklammern, um den Widerstand im KZ Buchenwald zu verurteilen - gleichzeitig aber die Nutznießer, Mitläufer, Mittäter und Nachfolger des Naziregimes durch Schweigen oder gar Weißwasch-Versuche schützen, dann ist dies ein erbärmliches, verächtliches Spiel.

Ein Professor gibt das Stichwort für Schönhuber, Deckert und die Skinheads.

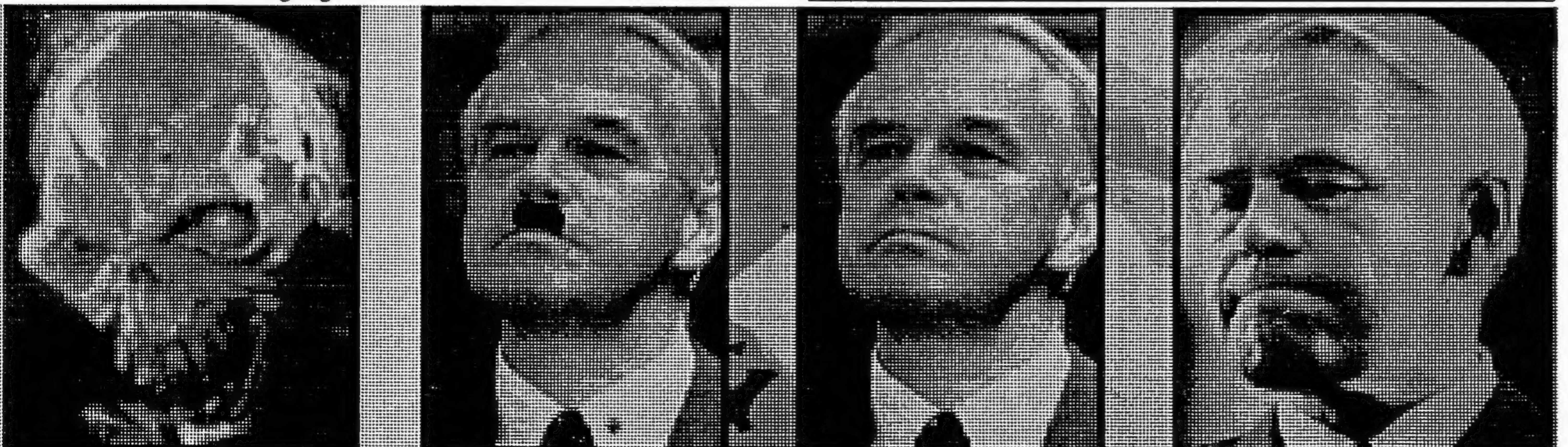
Wir werden wieder und wieder die Fragen stellen:

- Ist es wahr oder ist es nicht wahr, daß wir 21.000 Gefangene lebend aus Buchenwald herausgeführt haben?
- Ist es wahr oder ist es nicht wahr, daß wir 903 Kinder, die für den Gastod bestimmt waren, über Jahre hinweg geschützt und schließlich der Freiheit wiedergegeben haben?
- Ist es wahr oder ist es nicht wahr, daß vom 4. April 1945 an das Lager in passiver Resistenz die vom Todesmarsch bedrohten jüdischen Mitgefangenen beschützt hat? Eine Woche lang!
- Ist es wahr oder ist es nicht wahr, daß auf diese Weise durch den Widerstand des Internationalen Lagerkomitees, in dem die deutschen Kommunisten eine hervorragende Rolle spielten, 3.000 jüdischen Menschen das Leben gerettet wurde?
- Ist es wahr oder ist es nicht wahr, daß am 11. April 1945 die seit Jahren illegal bestehende Internationale Militärorganisation Stacheldraht und Wachtürme stürmte und den später heranrückenden Amerikanern über 200 gefangene SS-Leute übergab?
- Ist es wahr oder ist es nicht wahr, daß die Kämpfer der französischen Brigade der Buchenwalder Militärorganisation vom Generalstab der Republik Frankreich als Soldaten der französischen Befreiungsarmee anerkannt wurden?
- Ist es wahr oder ist es nicht wahr, daß im amerikanischen Militärarchiv in Washington das Dokument im Original liegt, in dem bestätigt wird, daß das Lager schon vor Ankunft der dritten US-Armee in der Hand der bewaffneten Häftlinge war?

An der Antwort auf diese Frage scheidet sich die Wahrheit von der Lüge.

(Es muß noch erwähnt werden, daß die "unparteiischen und liberalen" Medien von "Zeit" bis "Frankfurter Rundschau" und vom "Hessischen Rundfunk" bis "Süddeutsche Zeitung" nicht bereit waren, auch nur ein Wort von der Stellungnahme der überlebenden KZ'ler zu bringen - Kohl und Rühe hatten die Linie vorgegeben.) (ec)

Die Reaktion lädt alle LeserInnen, die sich intensiver mit Thema beschäftigt haben, ein, sich an diesem Diskussionsforum zu beteiligen.



Abs ist tot - es lebe Kopper

Neues aus der deutschsten Bank

..... Möglicherweise wäre es nur seiner Frau aufgefallen, hätte er nicht vor Monaten schon angekündigt, sein Haus wolle sich kritisch gerade mit jener bislang verschwiegenen Zeit von 1933 bis 1945 auseinandersetzen.

Doch im Angesicht des Kanzlers und der deutschen Öffentlichkeit erklärte ein zu Tränen gerührter Hilmar Kopper allen ernstes:

"Die Deutsche Bank war, was andere auch waren - ein Spiegel menschlicher Verhaltensweisen in der Diktatur ... wir waren nicht gemacht, uns herauszulehnen in schweren Zeiten oder uns hervorzutun, nicht im Guten und nicht im Bösen."

Die lokale Amnesie muß an diesem eigenartigen Rosarot gelegen haben, so daß Kopper überdies alle Namen jener Zeit, die von Herman-Josef Abs oder der IG Farben beispielsweise, vergaß.....

(Aus JW 18.3.1995)

Aus Widerstandskämpfern werden Täter, aus den

Tätern werden Mitläufer gemacht. Die "Anti-Hitler-Koalition" hat das friedliebende Deutschland angegriffen und überflüssigerweise die deutschen Städte bombardiert usw...

Die Reichswehr hat Bonbons abgeworfen.

So könnte ein Märchen zu Ende gehen. (laf)



Thomas Mann

(Aus Tagebücher)

"Die ganze Qual ist noch nicht lange genug her, sie wirkt fort in mir und erhält neue Nahrung durch den Eindruck von Verständnislosigkeit, Egoismus, unverbesserlichem Dünkel, den das gegenwärtige Deutschland auf mich macht. Der Welt recht bald wieder die Faust zeigen zu können, ist alles, wovon diese Menschen träumen, und es ist gar nicht so sicher, daß diese Träume Schäume sind. ...

Rußland mag im eigenen Lande nicht zu besiegen sein, aber es mit vereinten Kräften aus Deutschland wieder hinauszuerwerfen, samt den Polen, ist bestimmt möglich, und wenn man sich erinnert, daß schon Hitler, wäre er nur ein bißchen manierlicher gewesen, alles hätte haben können, was er wollte (siehe "München"), so schweben einem Zukunftsbilder vor, die es voreilig erscheinen lassen, sich der Furcht vor Deutschland zu entschlagen. Man wird den Kontinent Deutschland "anvertrauen". Aber ob ein deutsches Europa auch ein europäisches Deutschland bedeuten wird? Ich zweifle. Auf Macht wird es wieder hinauslaufen, und mir graut vor deutscher Macht.

(1947)

Max Horkheimer:

"Nirgendwo in zivilisierten Ländern ist so wenig Grund zum Patriotismus wie in Deutschland, und nirgendwo wird von den Bürgern weniger Kritik am Patriotismus geübt als hier, wo er das Schlimmste vollbracht hat. Berlin, die Wiedervereinigung, die Gebiete jenseits der Oder, des zu recht besiegten Deutschlands werden zu Stimulantien der neuen patriotischen Gesinnung, die von einem heimlichen Willen gegen inneren, ja gegen äußeren Widerspruch sich ausbreitet. Dahinter steht die Bereitschaft, in jenen fanatischen Patriotismus auszubrechen, der sich vor dem anderer Länder dadurch auszeichnet, daß er keine Idee hat, daß er in bloßer kollektiver Barbarei besteht. Nichts von Liebe ist drin, das beweist schon der offenkundig zum schamlosen Kitsch herabgesunkene Heimatrummel von landsmannschaftlichen pressure groups und Edelweißromanen. Nichts ist wahr als Machtgier und Aggression.

Der Patriotismus in Deutschland ist so furchtbar, weil er grundlos ist."

(Hervorhebungen v. ThAN)

Bestellung der ThAN

Name:

Strasse:

PLZ/Ort:

Tel.:

Initiative:

Anzahl zu DM 1,50 / Ausgabe

Unterschrift

Kein Märchen...
Ein Leserbrief

**Mörder sind
willkommen!
Flüchtlinge werden
abgewiesen!**

Hoher Staatsbesuch, Herr und Frau Soeharto, wird vom 1.-6. April in Deutschland erwartet. Am 5. April besuchte die Nummer 1. des indonesischen Staates die Kulturstadt Weimar. Morden ja, aber mit Schiller, Goethe muß es schon garniert sein.

Das Stelldichein in Weimar sollte nicht ungestört bleiben.
(ub, Jena)

Diese Zeitung finanziert sich aus Spenden.

Deshalb, wer ein Exemplar oder mehrere haben möchte, kann bei der Redaktion bestellen und spenden. Unkostenbeitrag 1,50 DM plus Portogebühren.

Spendenkonto: Kennwort ThAN, BfG Erfurt, 2371243701

Red.: Thüringer Antifa Nachrichten; Joseph Grüne, Eislebenerstr.3, 99086 Erfurt; Tel.: 0361 5961 293 (1.10.94)

Namentlich gekennzeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion. Für die Inhalte namentlich gekennzeichnete Artikel haftet der/die AutorIn.

Eure Termine könnten hier auch stehen

20. Mai 95

19.30 Uhr, Schauspielhaus, Erfurt
Säure zugunsten der Deserteure
aus Ex-Jugoslawien
mit Gina Pletch, Prosa-Texte von Herzog,
Marina Achenbach,
aus dem Buch "Auf dem Weg nach Sarajewo",
Fotoausstellung "Asylbewerberheime",
mit der Fotografin Sybille Hauptmann

7. April 95, 18.00 Uhr

Haus d. Gewerkschaften Erfurt

Die Vergangenheit

ist nicht vergangen

mit Detlef Hensche und Prof. Ludwig Elm

**Alternativer
Stadtrundgang**

10. Juni 95

11 Uhr, ab HdG, Erfurt

6. Mai 95

11 Uhr, ab Haus d. Gewerkschaften Erfurt

Friedenszug u.

Enthüllung d. Denkmals

des unbekannten Deserteurs

9. April 95, 14.30 Uhr

Appell

Gedenkstätte Buchenwald

Kundgebung
zur Selbstbefreiung des KZ Buchenwald